



EDITORIAL

## Vernehmlassung SEFV



Christoph Arndt  
Geschäftsführer NWA

Liebe NWA-Mitglieder,  
liebe Gönnerinnen und  
Gönner, geschätzte  
Leserinnen und Leser

**Bis zum 18. März  
konnte man an der  
Vernehmlassung zur  
Revision der Still-  
legungs- und Entsor-  
gungsfondsverord-  
nung teilnehmen.**

Wir hatten dem letzten Wende-Blatt eine Muster-Vernehmlassungsantwort beigelegt. Was uns freudig überraschte: Alleine über unser Online-Formular gingen 128 Vernehmlassungsantworten beim zuständigen Departement ein. Wir gehen davon aus, dass es schriftlich noch mehr waren.

Noch liegen keine Ergebnisse vor. Sobald diese veröffentlicht werden, machen wir die Ergebnisse auf unserer Webseite und in den Sozialen Medien publik. Wir bedanken uns für die breite Unterstützung und wünschen allen eine gute Sommerzeit.

Herzliche Grüsse

Christoph Arndt

<https://nwa-schweiz.ch/kampagnen/revisi-on-sefv/>

<https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2019.html#UVEK>

**PS: BEACHTEN SIE UNSEREN HINWEIS AUF DIE DIESJÄHRIGE MITGLIEDERVERSAMMLUNG IN BASEL**



Peter «Pitsch» Stutz, unser neuer NWA-Geschäftsführer

RUEDI RECHSTEINER FRAGT: SIND DIE VERSICHERTEN DIE DUMMEN?

## Pensionskassen kaufen Atomkonzern



Ruedi Rechsteiner

**Die Alpiq ist Hauptaktionärin des Atomkraftwerks Gösgen. Sie ist auch in «Leibstadt» gross drin. Nun hat die Electricité de France (EDF) ihre 25%-Beteiligung an der Alpiq dem CSA-Pensionskassen-Fonds der Crédit Suisse verkauft. Sind die Versicherten die Dummen? Oder hat Alpiq-Chef Jens Alder einen Plan?**

Atomkraftwerke sind unverkäuflich. Die SBB bezahlte 1999 über 100 Millionen Franken, um eine 5%-Beteiligung am AKW Leibstadt loszuwerden. Nun aber kauft ein Pensionskassen-Fonds der Credit Suisse für fast 500 Millionen Franken 25% der Alpiq, zweitgrösster Schweizer AKW-Konzern nach der Axpo.

«Schon seit Jahren sondieren die Franzosen einen möglichen Ausstieg aus dem Alpiq-Investment, auf dem sie nur Verluste verbuchen mussten», berichtet die Neue Zürcher Zeitung. Gemäss dem Fondsverwalter seien «vor allem die Grosswasserkraftwerke von Alpiq für die Anlagestiftung reizvoll». Die Frage bleibt: wieso geht ein Pensionskassen-Fonds freiwillig eine indirekte Beteiligung

an Atomkraftwerken ein mit zusammen mehr als 10 Milliarden Franken ungedeckten Entsorgungskosten?

Laut Atomgesetz müssen nämlich die Verursacher für diese Kosten aufkommen. Auf Druck der Branche genehmigte Doris Leuthard eine Absenkung der Einzahlungen an die Entsorgungskosten von 335 Mio. CHF (2016) auf 115 Mio. CHF (2017). Da müssten die AKWs noch 100 Jahre laufen, um die Schulden zu decken, und auch das nur, wenn die Entsorgungskosten nicht weiter ansteigen wie in der Vergangenheit.

### Jens Alder ist nicht dumm

Der CEO von Alpiq heisst Jens Alder. Er ist gleichzeitig Verwaltungsratspräsident und steht der FDP nahe. Er weiss, wie man schwierige Regulierungen in die «richtige» Richtung bewegt, denn früher war er Swisscom-Chef. Gut möglich, dass Alder bereits einen Plan hat, wie er die maroden Atomkraftwerke und die faktisch unbezahlbaren Entsorgungskosten «den Pensionskassen zuliebe» der Bundeskasse aufhalsen kann. Das Geschäft mit Strom sieht nur kurzfristig wieder gut aus. Die Verknappung der CO2-Zertifikate im EU-Emissionshandel verteuert den Kohlestrom um zwei bis drei Rappen, wovon die AKWs profitieren, aber nicht nur sie.

Die hohen CO2-Preise helfen auch den erneuerbaren Energien. Kohle- und Atom-Giganten wie RWE (Deutschland) oder Engie (Frankreich) wollen Rekordsummen in neue Wind- und Solarfarmen stecken. Es wäre keine Überraschung, wenn viele europäische Länder schon 2030 ihren Jahresverbrauch mit 100% erneuerbar erzeugtem Strom decken. Denn inzwischen stellen Wind und Sonne auch preislich alle anderen Energien in den Schatten.

Ein solcher Ausbau wäre dann wohl auch das Ende der Schweizer AKWs, denn bei einer Vollversorgung aus Sonne oder Wind bleibt für den unflexiblen und deutlich teureren Atomstrom kein Platz mehr im Wettbewerb. «Interessant ist wer künftig die Risiken der AKW-Beteiligungen trägt», fragt die Sonntagszeitung.

**Die Antwort ist einfach. Die Risiken trägt weiter und immer noch allein die Bevölkerung, inklusive möglichem Super-GAU. Und für radioaktive Abfälle haben die flotten Wirtschaftskapitäne keine Lösung. Das Volk wird deshalb auch dann noch zahlen, wenn längst keine einzige Kilowattstunde Atomstrom mehr ins Netz fließt.**

Rudolf Rechsteiner, alt Nationalrat

IN KÜRZE

**MV am 13. Juni 18.15 Uhr in der Markthalle Basel**

Wir laden euch herzlich zu unserer Mitgliederversammlung am 13. Juni 2019 in der Markthalle Basel ein.

Wir verabschieden **Christoph Arndt** und begrüssen **Peter Stutz** als neuen Geschäftsführer. Er tritt somit, zusammen mit **Daniel Sägger**, als Co-Präsident zurück. Zugleich schlägt der Vorstand **Désirée Jaun** von der SP Baselland und **Andreas Fischer** von den Grünen Aargau als neue Co-PräsidentInnen vor.

Um 19.00 Uhr folgt das Referat von **Stefan Klute**, Gesamtprojektleiter BKW «So legen wir unser Kernkraftwerk Mühleberg still», mit anschliessender Diskussion und Apéro.

**Désirée Jaun**

Désirée Jaun ist SP-Landrätin und Gemeinderätin von Birsfelden. Beruflich ist sie im HR-Bereich beim Kanton Basel-Stadt tätig.



**Andreas Fischer**

Andreas Fischer ist bereits Präsident von NWA Aargau, er ist Aargauer Grossrat der Grünen und hauptberuflich Archäologe.



**Neue Generation von Solarzellen**

Die Oxford PV in Brandenburg hat im Juni 2018 mit einer Perowskit-Tandemzelle einen Wirkungsgrad von 27,3 Prozent erreicht, was deutlich mehr ist als die heute üblichen rund 20 Prozent. Dadurch kann auf kleinerer Fläche mehr Strom produziert werden.

Die Zelle besteht aus einer halbtransparenten Perowskitschicht und einer normalen Siliziumschicht. Mit einer Fertigungslinie von Meyer Burger sollen 2020 die ersten 200 MW Module mit den neuen Zellen in Serie produziert werden.

# NWA Schweiz

<https://nwa-schweiz.ch>



## Adieu – von Fischen, Energie & Klimastreik

**Im November 2016, also genau vor zwei-einhalb Jahren, durfte ich die Geschäftsstelle von NWA Schweiz übernehmen. In dieser Zeit ist viel geschehen und es hat sich viel verändert. Ja, während dieser Zeit war die Veränderung die Konstante.**

Ab dem 1. Mai darf ich mich nun einer neuen Herausforderung stellen. Wenngleich ebenfalls im Umweltschutzbereich, warten dennoch grundlegend andere Aufgaben auf mich. Für die tolle Unterstützung und die gute Zusammenarbeit von allen Seiten möchte ich mich herzlich bedanken. Nun ist es an der Zeit, Lebewohl zu sagen und meinem Nachfolger und täglichen Sparringpartner, Peter Stutz, viel Erfolg zu wünschen. Er wird sein Co-Präsidium abgeben und dafür die Geschäftsleitung übernehmen. Alles Gute, lieber Pitsch!

In den letzten Jahren, auch ganz besonders durch meine Rolle bei NWA, habe ich mich für erneuerbare Energien, Energie-Effizienz, Energie-Einsparungen und natürlich gegen Atomkraft eingesetzt. Wer mich kennt, weiss aber auch, dass ich mich darüber hinaus in allen möglichen Bereichen für den Umweltschutz stark mache. Sei es als Freiwilliger der Greenpeace Regionalgruppe Basel oder im Vorstand der Grünen Basel-Stadt. Wir alle bemerken dieser Tage die bereits zuvor angesprochene Konstante namens Veränderung. Junge Menschen gehen auf die Strasse, Klimastreik heisst die Devise, grün sind die Wahlergebnisse. Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Genügsamkeit sind zentrale Themen.

Nun fragt sich vielleicht manch einer, was hat das Ganze nun mit Fischen zu tun? Am 19. Mai stimmt Basel-Stadt über das Gross-

projekt Ozeanium ab. 100 Millionen Franken soll es kosten und es kommt unter dem Deckmantel von Umweltbildung, Umweltschutz und Nachhaltigkeit daher. In Wirklichkeit aber ist es genau das Gegenteil.

4.3 Gigawattstunden Energie pro Jahr soll das Ozeanium laut offiziellen Angaben verbrauchen, also soviel wie etwa 1'400 durchschnittliche 2-Personenhaushalte. Das Ganze in einer Stadt, welche eine 2'000-Watt-Gesellschaft anstrebt und eine Vorreiterrolle in Sachen Energie einnimmt. Damit aber nicht genug. Meeresbewohner sollen ihrem natürlichen Lebensraum entrissen, in Plastikbeutel verpackt, aus der ganzen Welt eingeflogen werden, um damit in Basel Umweltbildung zu betreiben. Als ob Basel am Meer liegen würde. Und das in Zeiten, in denen unsere Jugend auf die

Strasse geht und sich für unser Klima und die Umwelt einsetzt. Wirklicher Umweltschutz sieht deutlich anders aus. Das finden nicht nur die Grünen oder die restlichen Organisationen im Nein-Komitee, sondern auch SchülerInnen der Klimastreiks. Am 20. Februar 2019 wurde in Basel offiziell der Klimanotstand ausgerufen. Das Grossaquarium widerspricht dem ausgeprägten Hang zur Innovation und Nachhaltigkeit in Basel. Deswegen ist meine Empfehlung: NEIN zum Ozeanium am 19. Mai. Für weitere Informationen stehen wir vom Komitee «Nein zum Ozeanium» gerne zur Verfügung.

<https://nozeanium.org/>  
<https://www.ffw.ch/de/projekte/nozeanium/>

*Christoph Arndt  
scheidender NWA-Geschäftsführer*

# NWA Aargau

<https://www.nwa-aargau.ch>



## Kampf dem Klimawandel

**Seit Jahren organisiert NWA Aargau immer wieder exklusive Filmvorführungen in Frick. Dieses Jahr waren wir aktuell wie nie: Am 31. März zeigten wir den Film «Climate Warriors» von Carl A. Fechner. Im Anschluss gab es eine Diskussion mit dem Regisseur und Alena Näf vom Schulstreik Basel.**

Trotz Zeitumstellung und schönstem Wetter folgten rund 70 Personen am Sonntagmorgen der Einladung von NWA Aargau und 13 weiteren Umweltorganisationen. Gemeinsam schauten sie sich den Film «Climate Warriors» im «fricks monti» an. Der sehr empfehlenswerte Dokumentarfilm verbindet die stärksten Szenen aus der Erfolgs-Doku «Power to Change» mit mitreissenden Erlebnissen von Klimaaktivisten aus Deutschland und den USA. Darunter so unterschiedliche Persönlichkeiten wie der junge Hip-Hop-Künstler Xiuhtezcatl Martinez, Youtuberin

Joylette-Portlock oder Hollywood-Aktorstern Arnold Schwarzenegger. Sie alle kämpfen für das gleiche Ziel: eine saubere, gerechte und sichere Welt durch erneuerbare Energien.

### Ermutigende Diskussion

Im Anschluss diskutierten der Regisseur Carl-A. Fechner und Alena Näf vom Schulstreik Basel mit dem Publikum. Vor allem Letztere wurde mit viel Applaus bedacht. Die 17-jährige Gymnasiastin ist Mitorganisatorin der Schulstreiks in Basel, einer Bewegung mit Greta Thunberg als Vorbild, die für Änderungen in der Klimapolitik kämpft. Sie fordert netto null Treibhausgas-Emissionen im Inland bis 2030, denn ohne Massnahmen seitens der Politik wird es nicht möglich sein, den Klimawandel so abzuschwächen, dass die Katastrophe abgewendet werden kann. Wenn es eine Zukunft geben soll, muss bald gehandelt werden, denn viel Zeit bleibt uns nicht. **Oder mit den Worten von Alena Näf: «Die Forderungen der Klim-**

**abewegung sind vielleicht radikal, aber wir können keine Kompromisse eingehen, wenn es ums Klima – um unsere Zukunft – geht.»** Man spürte förmlich, wie dankbar die zahlreichen älteren Aktivistinnen und Aktivisten der Anti-Atombewegung im Publikum waren, dass die Jugend neuen Schwung in die Debatte bringt. Auch Carl-A. Fechner fand nur lobende Worte und stellte Alena spontan eine Urkunde als «Climate Warrior» aus. Er selbst wird dem Thema treu bleiben und begleitet die weltweite SchülerInnenbewegung «Friday for future» mit der Kamera.

### Mitgliederversammlung

Gerne erinnern wir hier an die bald nach dem Erscheinen des Wende-Blatts stattfindende Mitgliederversammlung. Wir treffen uns am **3. Mai um 18.30 Uhr im Naturama in Aarau** (Feerstrasse 17). Nach dem geschäftlichen Teil wird uns Michael Fischer Passagen aus seinem Buch «Atomfieber. Eine Geschichte der Atomenergie in der Schweiz» vortragen. Die Veranstaltung ist öffentlich; Gäste sind herzlich willkommen.

*Andreas Fischer  
Präsident NWA Aargau*



Im Anschluss an den Film «Climate Warriors» diskutierten der Regisseur Carl-A. Fechner und Alena Näf (Schulstreik Basel) unter der Leitung von Andreas Fischer mit dem Publikum.

# Über den Tellerrand

## Der deutsche Kohleausstieg und die Schweiz

**Am 29. Januar 2019 hat die deutsche Kohlekommission dargelegt, wie ein Kohleausstieg aussehen könnte. Beschlossen ist noch nichts, doch es lohnt sich, Gedanken zu machen über die Auswirkungen des Kohleausstieges auf Deutschland und die Schweiz.**

### Der Plan der Kohlekommission

Die nicht beschlussfähige Kohlekommission schlägt einen stufenweisen Kohleausstieg vor. Von den 42,6 GW Leistung der Kohlekraftwerke im Jahr 2017 sollen 2022 noch 30 GW, 2030 noch 17 GW, und 2038 nichts mehr am Netz sein. Beim Strompreis zeigt sich, dass sich positive und negative Effekte teilweise aufheben, und der Preisanstieg minim sein sollte. Teuer werden Fördermassnahmen für die strukturschwachen Kohlegebiete, in die bis zu 40 Milliarden Euro gepumpt wer-

den sollen. Zudem soll eine Vergütung für nichtproduzierten Strom an die Betreiber von Kohlekraftwerken bezahlt werden.

### Zusätzlich zum Atomausstieg: Schwierig, aber machbar

Weil sich die Politik, der Markt und die Technik stets verändern, soll der Kohleausstieg ein laufend überwachter, rollender Prozess sein, mit Überprüfungen in den Jahren 2023, 2026 und 2029. Der Kohleausstieg ist viel anspruchsvoller als der Atomausstieg. Es sind nur noch sieben der ehemals 18 deutschen AKW am Netz, mit einer Leistung von 9,1 GW, die bis 2022 wegfallen soll. Da käme die Reduktion der Kohlekraftwerksleistung um 12,6 GW bis 2022 noch hinzu. Das ist zwar als Energie pro Jahr machbar, aber es ergeben sich Probleme mit der jahreszeitlichen Versorgung (Winter) und mit regionalen Unterschieden.

### Studie des Bundeslandes Baden-Württemberg (BW)

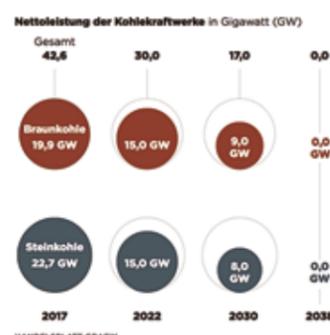
Das Bundesland Baden-Württemberg ist dreifach betroffen: Hier sollen Atom- und Kohlekraftwerke stillgelegt werden, die Windkraft (stark im Winter) ist noch schwach ausgebaut, und die Stromleitungen an die Nordsee sind kaum gebaut. BW hat daher die Versorgungssicherheit bis 2025 abklären lassen. In allen Szenarien ist die Versorgungssicherheit gewährleistet, aber man erkennt die Schwächen: Ein Teil der Kohlekraft müsste im Winter durch Gaskraft ersetzt werden, doch da reicht ein Reaktivieren der eingemotteten Gaskraft-

werke. Ein Risiko sind falsche Berechnungen der Stromflüsse, wie sie sich durch politische Druckversuche für ein Rahmenabkommen Schweiz - EU ergeben, wo aus politischen Gründen technisch falsch berechnet wird.

### Fazit

Gefahren ergeben sich nicht direkt durch den Kohleausstieg, sondern durch politische Druckversuche der EU und die simple Tatsache, dass sowohl Deutschland als auch Frankreich und die Schweiz davon ausgehen, im Bedarfsfall Strom importieren zu können. Das wird schwierig, wenn alle drei Länder das gleichzeitig wollen. Daher ist es für Deutschland und die Schweiz nach wie vor sinnvoll, Nettoexporteure von Strom zu bleiben, und nicht zu stark von Importen abhängig zu sein. Für die Versorgung im Winter besonders wertvoll ist der Nettozuwachs von Schweizer Wasserstrom. Dieser nahm von 2000 bis 2018 um netto 2,0 TWh Jahresproduktion zu, viel mehr als erwartet.

*Peter Stutz, Co-Präsident NWA*



## NWA Region Basel

<https://nwa-schweiz.ch/regionalgruppen/nwa-region-basel/>



### Erfolg bei den Landratswahlen im Baselbiet: Dreizehn NWA-Mitglieder im Regierungs- und Landrat

NWA Region Basel hat sich bei den Landratswahlen im Kanton Basel-Landschaft mit Erfolg engagiert. Nebst einer Medienmitteilung haben wir in der Basellandschaftlichen Zeitung und auf Facebook ein Sammelinserat publiziert, in welchem wir 23 Kandidierende für den Landrat und zwei für den Regierungsrat empfohlen haben. Elf Landrats- und beide Regierungsratskandidaten wurden nun gewählt!

Welch ein Erfolg für die AKW-kritischen und klimafreundlichen Kräfte! Unsere Mitglieder Isaac Reber (Grüne) und Kathrin Schweizer (SP) wurden in den Regierungsrat gewählt. In den Landrat gewählt wurden die elf NWA-Mitglieder: Florence Brenzikofer (Vorstandsmitglied NWA, Grüne), Bálint Csontos (Grüne), Erika Eichenberger (Grüne), Laura Grazioli (Grüne), Christoph Hänggi (SP), Désirée Jaun (SP), Urs Kaufmann (SP), Yves Krebs (GLP), Lotti Stokar (Grüne), Sandra Strüby (SP), Mirjam Würth (SP).

Die kantonale Politik sollte stärker auf den Umstieg weg von fossilen, hin zu erneuerbaren Energien ausgerichtet werden. Vor dem Hintergrund der starken Klimabewegung muss die Politik jetzt handeln! NWA erhebt im Hinblick auf die nächste Legislatur diese Forderungen:

- Seit 1999 kennt der Nachbarkanton Basel-Stadt eine Förderabgabe auf Strom. Es ist höchste Zeit, dass das Baselbiet ebenfalls eine Förderabgabe einführt.
- Bei der neuen Vorlage des «Baselbieter Energiepakets» sollen keine Budgetkürzungen erfolgen.
- Im Energiegesetz sind neue fossil betriebene Heizungen weitgehend zu verbieten. Stattdessen soll der Ersatz durch Heizungen mit erneuerbaren Energien gefördert werden. Bei Neubauten muss der Einsatz von Sonnenenergie (Solarthermie oder Photovoltaik) zur Pflicht gemacht werden.

- Der Kanton sollte sich entsprechend § 115 der Kantonsverfassung stärker für eine Kostenwahrheit bei Atomkraftwerken einsetzen.
- Die neu geschaffene Anlaufstelle zum Thema Klima beim Lufthygieneamt ist personell und finanziell besser auszustatten.

- Bei der Steuerpolitik ist darauf zu achten, dass jene, die das Klima stärker belasten, auch höher besteuert werden.
- In der Bildungspolitik ist auf allen Schulstufen dem Thema Klima eine höhere Priorität einzuräumen.

Jan Schudel, NWA Region Basel



Herzliche Gratulation den NWA-Mitgliedern im Regierungsrat: Kathrin Schweizer (neu) und Isaac Reber (bisher)

## NWA Solothurn

<https://nwa-solothurn.ch>



### NWA Regionalgruppe Solothurn feiert ihr 10-jähriges Bestehen!

Schon sind wieder zehn Jahre vergangen, seit uns die drei grossen Stromkonzerne klar machen wollten, dass es unbedingt nötig wäre, neue Atomkraftwerke zu bauen, damit wir nicht bald durch eine drohende Stromlücke etwas von unserem Wohlstand abgeben müssten. Sie haben ihre Aufgabe der Versorgungssicherheit sehr ernst genommen und jeweils ein neues Atomkraftwerk mit je ca. 1,3 bis 1,6 GW Leistung geplant. Die entsprechenden Rahmenbewilligungsgesuche wurden für drei Standorte eingereicht und die betroffenen Kantonsregierungen nahmen die Bearbeitung derselben mit Elan in Angriff.

Nachdem schon die Ankündigung eines möglichen Endlagers für radioaktive Abfälle im Niederamt unsere Gemüter erhitze hatte, war die Absicht, ein weiteres AKW in unserer Gegend zu bauen der endgültige Auslöser, eine Organisation gegen diese Absichten ins Leben zu rufen. Damit nicht alles «neu erfunden» werden musste, anerbot es sich, einen Anschluss an NWA zu prüfen. Da es schon Kontakte zu der Geschäftsstelle und dem Vorstand gab, war bald klar, dass die Gründung einer Regionalgruppe realisiert werden sollte. Nach den entsprechenden Vorbereitungsarbeiten versammelten sich am 24. Juni 2009 viele AKW-GegnerInnen in Olten und gründeten den Verein Regionalgruppe

NWA-Solothurn. Der Sitz des Vereins wurde bewusst nach Olten gelegt, damit die Möglichkeit, Einsprachen gegen jede Art von nuklearen Projekten zu erheben, gegeben war.

Dieses Jubiläum veranlasste uns, die diesjährige Mitgliederversammlung in den Zeitraum der Gründung zu legen. Zudem bemühten wir uns, zu diesem Anlass unser Logo zu überarbeiten und neu zu gestalten. In der Hoffnung, dass das Jubiläumsslogo von den Mitgliedern als ansprechend angesehen wird, soll dieses unser Auftreten nach innen und aussen in Zukunft unterstützen.



Ein Rückblick auf die Aktivitäten in diesen zehn Jahren lässt uns erkennen, dass es nötig und gut war, diesen Verein zu gründen und als Stimme gegen Atomkraftwerke und nicht ausreichend sichere Endlagerstandorte Gehör zu bekommen.

Die kommenden nationalen Wahlen im Herbst stehen in den nächsten Wochen im Zentrum unserer Vereinstätigkeiten und werden neben dem Jubiläum wesentlicher Inhalt der Mitgliederversammlung sein. Erneut werden wir versuchen, möglichst viele

National- und StänderatskandidatInnen anzuschreiben, um diesen unsere Tätigkeiten vorzustellen und sie zu ermuntern, unserem Verein beizutreten. Mitglieder des Vereins werden wir in ihrem Wahlkampf nach unseren Möglichkeiten unterstützen.

Erneut können wir unsere Mitglieder zu einer interessanten Jahresversammlung an einen Ort einladen, an dem die erneuerbaren Ener-

gien im Zentrum stehen. **Am 25. Juni 2019 sind um 18.30 Uhr** alle Interessierten zu unserer **Mitgliederversammlung** bei der Firma Helion an den Allmendweg 8 nach Zuchwil eingeladen. Dabei dürfen wir unter anderem vieles über Photovoltaikanlagen, Speicherlösungen und diese kompetente Solarfirma erfahren.

Beat Hodel



## NWA 55plus

<https://nwa-schweiz.ch/regionalgruppen/nwa-55plus/>



### Von Mexiko bis Japan

162 Organisationen aus der ganzen Welt, darunter auch NWA 55plus, haben eine Petition der «Frauen Gegen Atomkraft Finnland» unterzeichnet, die die finnische Regierung auffordert, ihre Atomprojekte zu überdenken.

Die Petition nennt mehrere Gründe für den Verzicht auf die Atomenergie, unter anderem die folgenden, die auch für die Schweiz gelten:

**1. Atomkraft ist zu teuer:** Die Kosten der erneuerbaren Energie sind in den letzten fünf

Jahren rekordschnell gesunken. Der Welt wäre besser gedient, wenn die Milliarden in erneuerbare Energien und in Energieeffizienz investiert würden, statt in neue Atomkraftwerke oder die Aufrüstung der alten.

**2. Atomkraftwerke sind keine Lösung im Kampf gegen den Klimawandel:** Uranabbau und -aufbereitung, Transporte, sowie Bau, Betrieb und Stilllegung der Anlagen und die Entsorgung des Atommülls verursachen bis 24-mal so viel Kohlendioxid wie zum Beispiel die Windkraftnutzung!

**3. Der Klimawandel ist eine Gefahr für die Atomkraftwerke:** Hitzewellen, Stürme und Überschwemmungen können zu Kern-

schmelzen führen und damit zu gefährlicher Freisetzung von Radioaktivität.

**4. Atomabfälle als Langzeit-Gefahr:** Atommüll ist Hunderttausende von Jahren radioaktiv. Noch gibt es keine langfristigen Endlager für radioaktive Abfälle. Atommüll wird heute temporär in oberirdischen Anlagen gestapelt.

**5. Atomkraftwerke sind gefährlich:** Nicht nur Terroranschläge, sondern auch menschliches Versagen und Naturkatastrophen können Atomkatastrophen verursachen. Nach Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 mussten Hunderttausende von Menschen langfristig oder für immer umgesiedelt werden.

**6. Atomkraft und Menschenrechte:** Die Betreiber von Atomanlagen verschleiern die Informationen über die Menge an freigesetzter Strahlung und über die Auswirkung von Unfällen. Durch die irreversiblen Schäden, die sie bereits heute der Natur zugefügt haben und durch die Hypothek des Atommülls bilden die heutigen Atomkraftwerke auch für die zukünftigen Generationen eine gewaltige Bedrohung.



Blick auf Tschernobyl 1986

ZUR SACHE

# Die Swissgrid hats nicht leicht

**Die Swissgrid ist Eigentümerin und Betreiberin der obersten Netzebene auf 220 kV und 380 kV. Sie ist zudem zuständig für die Auktionierung von Regelenergie, und dass das Netz in der Schweiz und in der Nachbarschaft stabil bleibt. Diese Aufgabe ist gar nicht so leicht.**

## Stromdreh Scheibe mit Handelsgewinnen

Die Schweiz mit ihrem ganzjährigen Überangebot an Regelenergie aus Wasserkraft stabilisiert nicht nur das Netz im Landesinnern, sondern auch im angrenzenden Ausland. Obwohl sie so klein ist, fliessen trotzdem 30% aller grenzüberschreitenden Stromflüsse von ganz Europa durch die Schweiz. Sie war und ist die Stromdreh Scheibe Europas. Italien würde ohne die Stromexporte aus der Schweiz von Blackout zu Blackout stolpern. Die am Handel beteiligten Schweizer Energieversorgungsunternehmen (EVU) haben traditionell jährlich 0,5 bis 2 Milliarden Franken Gewinn aus dem Stromhandel mit Europa geschöpft. Diese Gewinne haben sich in den letzten Jahren mit den tiefen Strompreisen und dem schlechter steuerbaren Handel reduziert.

## Politische Ziele mit technischen Massnahmen durchgesetzt

Aktuell wurde es aber kompliziert, weil die EU bekanntlich das Rahmenabkommen mit der Schweiz durchsetzen will, und dafür überall, wo sie kann, die Daumenschrauben ansetzt. Der Schweizer Netzbetreiber Swissgrid ist mit unzähligen Verträgen und Abkommen mit seinen Nachbarn verbunden.

Nun wird aber die Swissgrid sukzessive von Abkommen zu Abkommen ausgeschlossen. Das führt beispielsweise zur irren Situation, dass die Nachbarländer ihre Netzflüsse falsch berechnen «müssen». Durch die neuen EU-Richtlinien von 2015 fliessen grössere Strommengen durch die Schweiz, wegen der flow base market coupling-Berechnung ohne Schweiz. Der Effekt geht so: Die Schweiz ist nicht mehr Teil davon, also werden für die Schweiz nicht die tatsächlichen Transportkapazitäten berechnet, sondern man tut so, als sei die Schweiz eine massive Kupferplatte, wo man beliebig viel Strom durchjagen kann. Darum kamen schon 2018 bis zu 5 GW Leistung unangemeldet durch die Schweiz! Alle Schweizer AKWs haben zusammen gut 3 GW. Die 5 GW sind also eine enorme Leistung, die einfach so hereingeschwemmt wird. Und die Swissgrid darf das dann regeln, so dass das Schweizer Netz nicht zusammenbricht.

Damit werden politische Ziele der EU mit technischen Massnahmen im Stromnetz durchgesetzt. Das «Ätsch, jetzt hesch dr Dräck!» aus dem Sandkasten.

Die Swissgrid hat das Synchronous Area Framework Agreement (SAFA) mit den europäischen Netzbetreibern unterschrieben ausgehandelt. Aber: Es wird durch die EU-Kommission politisch noch blockiert. SAFA beinhaltet die drei Netzcodes system operations, electricity balancing and emergency and restoration. Damit wären alle Anliegen der Schweiz erledigt. Darum darf das nicht unterschrieben werden, denn danach wärs ja keine Daumenschraube mehr.

Die europäische Kommission hat noch weitere Möglichkeiten an Lager. Sie hat das Recht, die Schweiz aus dem bestehenden Netzwerk ENTSO-E rauszuwerfen, obwohl die Swissgrid ein Gründungsmitglied ist.

Wenn es einen ungeordneten Brexit gibt, dann muss die «national grid» von GB rausgeworfen werden. Dann könnte die EU-Kommission sagen, dass zur zwingenden Gleichbehandlung auch die Swissgrid rausgeworfen werden muss, da die Schweiz auch kein EU-Mitglied ist.

Dann könnte aber ein Blackout in Italien passieren, wegen obiger verordneter Falschberechnung der Netzflüsse. Darum macht Italien alles, damit die Swissgrid nicht rausgeworfen wird. Ähnliches gilt für das Bundesland Baden-Württemberg, das ebenfalls stark vom Schweizer Netz abhängig ist und sich für die Swissgrid einsetzt.

## Steinzeit im Inland

Die Swissgrid hat aber nicht nur mit der EU ihre Kämpfe, sondern auch im Inland. Die heutige Datenbereitstellung durch die Schweizer Energieversorger ist ungenügend. Die Swissgrid ist ohne diese Daten im Nebel, sie kann nicht steuern. Aber sie ist zuständig für die Regelung und Steuerung des Netzes. Für diese Aufgabe werden ihr quasi die Augen verbunden.

Was fast nicht zu glauben ist: Die Schweizer EVU geben der Swissgrid überhaupt keine Daten zur neuen erneuerbaren Stromproduktion weiter. Die Swissgrid kennt nur die Daten der Grosskraftwerke, sie hat heute keine Angaben zu «erneuerbarer Stromproduktion» in der Schweiz, im Gegensatz zu Realtime-Daten in Deutschland. Die Schweizer EVU behaupten, sie könnten ihre «Betriebsgeheimnisse» nicht an die Swissgrid weitergeben. Was natürlich nicht stimmt.

Wir haben mit der Energiestrategie 2050 auch den schweizweiten Zwang zu Smart Metern beschlossen. Jede noch so kleine Anlage sendet heute und in Zukunft ihre Viertelstundenwerte an die Netzbetreiber. Es wäre kein Problem, die Daten gleich noch an die Swissgrid weiterzuleiten, sie sind ja schon da. Die Swissgrid hätte gerne wie im Rest Europas knotenscharfe Daten nach Standardprotokollen, von allen 644 Schweizer EVU.

Um das durchzusetzen, müssten wir noch einen Vorstoss im Parlament machen. Denn: Solange die Swissgrid «blind» das Netz regeln muss, muss sie viel zu grosse Regelreserven halten. Zu grosse Reserven könnten auch heissen: Wir brauchen nach dem Atomausstieg noch ein Gaskraftwerk für den Winter! Dürfte die Swissgrid intelligent regeln, und das «Smartgrid» verwirklichen, wovon alle seit Jahren reden, dann wären viel kleinere Kraftwerkskapazitäten nötig, um die Schwankungen des Netzes auszugleichen. Die Themen «neues Gaskraftwerk» und «alte AKWs noch länger laufen lassen» wären vom Tisch.

Peter Stutz



2015: Die Schweiz ist integriert im Cross-Border Intraday Markt via EPEX Spot



2019: Die Schweiz ist ausgeschlossen aus dem Cross-Border Intraday Markt XBID



Eine Gruppe von SchülerInnen begrüsst uns Mitglieder der eidgenössischen Räte jeden Morgen während der Frühlingssession. Auf Plakaten und in Sprechchören begleiteten uns Slogans ins Bundeshaus wie: «Klima-Notstand», «Klimakiller», «Es geht um unsere Zukunft».

Ein Engagement, das selbst in der Wandelhalle und in den Ratssälen positive Spuren hinterliess! Noch fehlte bei den Entscheiden im Rat aber fast immer der erforderliche Tatbeweis der Mehrheit.

## Strassen

Nun wird der motorisierte Individualverkehr (IV) mit Zusatzprojekten im Strassenbau überhäuft. Der Wahlherbst spiegelt sich offensichtlich im Parlament so, dass viele Ratsmitglieder unbedingt ein Projekt aus dem eigenen Kanton auf der Liste des Nationalstrassenausbau sehen wollen. Dabei spielt offenbar weniger eine Rolle, ob die Planung bereits Entscheidungsreife erlangt hat oder damit der IV – trotz massivem Überhang an Verbrennungsmotoren mit unnötigem CO<sub>2</sub>-Ausstoss – den Klimawandel weiter beschleunigt.

## CO<sub>2</sub>-Gesetz

Für das CO<sub>2</sub>-Gesetz zeichnet sich nun doch noch eine Kehrtwende ab. Nachdem der Nationalrat die Vorlage berechtigterweise abgelehnt hatte, zeichnet sich im Ständerat ein Wandel ab. Doch noch bleibt offen, inwieweit notwendige und einschneidende Massnahmen schlussendlich die Mehrheit beider Räte passieren.

## AKWs sind keine Lösung

Mit der CO<sub>2</sub>-Debatte scheinen Fossile der überholten Atom-Industrie sich wieder aus der Deckung zu wagen und wittern Morgenluft. Weder die ungedeckten Kosten von Entsorgung und Stilllegung, noch das ausstehende Szenario einer sicheren Entsorgung, noch die untragbaren ökologischen und finanziellen Risiken der Produktion von Strom mit AKWs werden in den Vordergrund gestellt - nein, dafür der Ausstoss von CO<sub>2</sub> bei der Stromproduktion. So dramatisch und nicht vertretbar die Stromproduktion in Kohlekraftwerken sind, so untragbar sind die Risiken der Atomkraftwerke, deren Betrieb «alles Lebende aufs Spiel setzt».

## Die Stimmung halten

Parlament und Stimmberechtigte in der Schweiz haben es mehrfach entschieden und die Wirtschaft bestätigt es: Der Ausstieg aus der Atomenergie in der Schweiz ist besiegelt. Die Umsetzung ist zaghaft. Die Zukunft ist erneuerbar!

Während es den globalen Klimawandel zu verhindern gilt, wäre ein Klimawandel im Parlament durchwegs wünschenswert. Die Kantone Zürich, Luzern und Baselland erbrachten ihren Tatbeweis – zur Nachahmung im Herbst empfohlen!

Philipp Hadorn  
NR SP SO & Präsident NWA SO

## NWA Mitglied werden

**Werde NWA Mitglied und unterstütze aktiv unser Engagement für den Atomausstieg und die Energiewende.**

Jahresbeitrag 50.00 CHF

Anmeldung direkt via <https://nwa-schweiz.ch> oder mit diesem Talon per Post an: NWA Schweiz, Murbacherstrasse 34, 4056 Basel

Vorname, Nachname.....

Adresse.....

Postleitzahl, Ort.....

E-Mail.....

Telefon.....

Lieben Dank! Du erhältst von uns die Unterlagen für die Mitgliedschaft.

<https://nwa-schweiz.ch>

Herzlichen Dank für Ihre Spende auf das PostFinance Konto von NWA Schweiz  
IBAN CH42 0900 0000 4000 8355 3  
BIC POFICHBEXXX

Herausgeber & Impressum  
NWA (Nie Wieder AKW) Schweiz  
Murbacherstrasse 34, 4056 Basel  
<https://nwa-schweiz.ch>  
sekretariat@nwa-schweiz.ch  
Telefon +41 61 322 49 20  
Redaktion Peter Stutz  
Layout Aernschd Born  
Druck Grafisches Service-Zentrum WBZ  
Erscheint 4 x jährlich